


Technische Universität Braunschweig Institut für Sozialwissenschaften Politikwissenschaft Sommersemester 2006 10. Juli 2006	Politisches System und Wirtschaftspolitik
Politisches System und Wirtschaftspolitik	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ordoliberalismus 2. Keynesianismus 3. Bürgerliche Angebotspolitik 4. Dritter Weg
Priv.-Doz. Dr. Nils C. Bandelow Proseminar: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland: Hohe Legitimität bei mangelnder Problemlösungsfähigkeit? www.nilsbandelow.de	

Der Ordoliberalismus (1949 bis ca. 1966)

*Elemente ordoliberaler
Wirtschaftspolitik nach Walter Eucken*



- Monopolpolitik (Fusionskontrolle, Auflösung vermeidbarer Monopole, Preis- und Mengenpolitik bei unvermeidbaren Monopolen)
- Steuerbasierte Korrektur der Einkommensverteilung
- Steuer- und beitragsfinanzierte Sozialpolitik
- Schutz der Naturquellen (Wald, Grund Boden) vor Raubbau


Der Ordoliberalismus (1949 bis ca. 1966)

*Kritik an ordoliberaler Wirtschaftspolitik nach
Walter Eucken*

- Konjunkturschwankungen (Nachfrageausfall)
- Verteilungswirkung (wirtschaftlich)
- Machtkonzentration (politisch)

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)


*Elemente keynesianischer
Globalsteuerung*



- ✓ Antizyklische Stabilisierungspolitik (theoretisch)
- ✓ Staatliche Bereitstellung von Gütern- und Dienstleistungen, die der Markt nicht ohne Mängel bereit stellt
- ✓ Umfassendes System sozialer Sicherung
- ✓ Einbindung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in die Politik (Neokorporatismus in der "Konzertierten Aktion", 1967-1977)

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)

*Gesetz zur Förderung der Stabilität und des
Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967*



Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

Franz-Josef Strauß Karl Schiller

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)

Kritik an keynesianischer Globalsteuerung

- Crowding Out
- Time Lag
- Empirische Befunde (Stagflation), keine Antwort auf Angebotschock durch Ölpreiskrise
- Mittelstandsfeindlichkeit (Globalsteuerung bewirkt Zentralisierung)
- Globalisierung: Nachfrage verpufft ins Ausland

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)



Voraussetzungen keynesianischer
Konzertierung 1

- ✓ Starke Sozialdemokratie
- ✓ Abhängige Zentralbank
- ✓ Starke Gewerkschaften
- ✓ Zentralisierte Gewerkschaften
- ✓ Zentralisierte Arbeitgeberverbände mit hohem Organisationsgrad

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)



Voraussetzungen keynesianischer
Konzertierung 2

- ✓ Institutionalisierte Formen der Einbindung der Tarifparteien in die Politik
- ✓ Konsenskultur
- ✓ Geringe Abhängigkeit von negativer Integration (EU)
- ✓ Einheit der Regierung
- ✓ Keine starke zweite Kammer
- ✓ Zentralismus

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)



Voraussetzungen keynesianischer
Konzertierung 3

- ✓ Starke Verflechtung Regierung-Parlament
- ✓ Starke Verflechtungen Politik-Verbände
- ✓ Mehrheitswahlrecht
- ✓ Keine Stagflation
- ✓ Starker Binnenmarkt
- ✓ Großer öffentlicher Sektor

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Elemente bürgerlicher Angebotspolitik



Milton Friedman

- Konzentration auf Preisstabilität
- Erweiterung der Freiräume für unternehmerische Initiativen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kapitalbildung und Innovation
- Verbesserung der Flexibilität des Produktionsstandorts

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Instrumente bürgerlicher
Angebotspolitik



Otto Graf Lambsdorff, FDP,
Bundeswirtschaftsminister 1977-1994

- Privatisierung (VEBA, VIAG, Volkswagen, Lufthansa)
- Deregulierung/Entbürokratisierung (Tarifrecht, Umweltschutz)

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Ergebnisse bürgerlicher
Angebotspolitik



Helmut Schmidt, SPD
Helmut Kohl, CDU

- Bis Ende der 1980er Jahre wirtschaftlicher Boom
- Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit
- Weiterer Anstieg der Staatsverschuldung
- Sinkende Lohnquote, Ausweitung der Gegensätze von Arm und Reich

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Kritik an bürgerlicher Angebotspolitik

- Verteilungswirkung (Lohnquote)
- Wachstumsorientierung (Umwelt)
- Vernachlässigt Nachfrageseite
- Empirische Erfahrung aus den 80er Jahren
- Beschäftigungsschwelle (technischer Fortschritt) - Rationalisierungsinvestitionen

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Voraussetzungen für bürgerliche Angebotspolitik

- ✓ Starkes bürgerliches Lager
- ✓ Einheitliches bürgerliches Lager
- ✓ Radikales bürgerliches Lager
- ✓ Geringe horizontale Gewaltenteilung
- ✓ Schwache Gewerkschaften

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Spezielle Probleme in der BRD

- ☹ geringe Akzeptanz (selbst in der Union, vor allem bei den Sozialausschüssen)
- ☹ Hindernisse für den Politikwechsel durch Vetospieler (Bundesrat, Bundesländer, Gewerkschaften etc.)

Dritter Weg (1998 bis ca. 2005)

Instrumente des Dritten Wegs

- Aktivierender Sozialstaat
- Einbindung der Spitzenverbände von Gewerkschaften und Arbeitgebern bei konzentrierten Politikprogrammen (Lohnzurückhaltung, Einstellungszusagen, Senkung von Steuer und Abgaben, Deregulierung)
- Investition in Humankapital (Bildung und Ausbildung)
- Bessere Verzahnung von Bildung und Ausbildung mit den Anforderungen der Wirtschaft (etwa: Unternehmensgründungen aus den Hochschulen heraus)
- Senkung der Unternehmenssteuern



Anthony Giddens

Das Bündnis für Arbeit

(Einladung von Bundeskanzler Schröder vom 28.11.1998)

Staat	Arbeitgebervertreter	Arbeitnehmervertreter
1. Gerhard Schröder (Bundeskanzler)	1. Hans-Olaf Henkel (BDI)	1. Dieter Schulte (DGB)
2. Oskar Lafontaine (Finanzminister)	2. Dieter Hundt (BDA)	2. Klaus Zwickel (IG Metall)
3. Werner Müller (Wirtschaftsminister)	3. Hans Peter Stihl (DIHT)	3. Hubertus Schmoldt (IG Bergbau, Chemie, Energie)
4. Walter Riester (Arbeitsminister)	4. Dieter Philipp (ZDH)	4. Herbert Mai (ÖTV)
5. Andrea Fischer (Gesundheitsministerin)		5. Roland Isen (DAG)

Dritter Weg (1998 bis ca. 2005)

Spezielle Probleme in Deutschland

- ☹ Hindernisse durch Vetospieler (vor allem in der Sozialpolitik, aber auch in der von den Ländern mitverantworteten Bildungspolitik)
- ☹ Unsichere Akzeptanz bei der Basis der Regierungsparteien
- ☹ Fehlende Verpflichtungsfähigkeit und Einflussverlust der Tarifparteien,
- ☹ Vorgaben durch Stabilitätspakt der Euro-Teilnehmerstaaten,